

Saale-Beitung.

Siebentwanzigster Jahrgang.

Anzeigen

werden die Geschäftsstellen
über den Raum mit 20 Pfg. täglich
aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in
unseren Anzeigenblätter und allen
Anzeigen-Verordnungen angenommen
Kontingente die Seite 75 Pfg. für Halle,
außenwärts 1 Pfg.

Ercheint täglich zweimal,
Sonntags und Feiertagen
Sonntags und Feiertagen
Sonntags und Feiertagen

Redaktion und Haupt-Geschäfts-
stelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17;
Abendblatt-Geschäftsstelle: Markt 24.

Bezugspreis
Für Halle vierteljährlich bei postmöglicher
Anstellung 2,50 M., durch die Post
3,25 M., auswärts Anstellungsgebühren.
Bestellungen werden von allen Vertriebs-
stellen angenommen.
Im amtlichen Bezugspreis
unter „Saale-Zeitung“ eingetragen.
Für unverlangt eingehende Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen.
Redaktion nur mit Charles-Auguste
Sauter-Druck. gehalten.
Hauptverleger der Reichsdruck Nr. 1140;
der Anzeigen-Abteilung Nr. 176; der
Monumenten-Abteilung Nr. 1133.

Nr. 97.

Halle a. S., Donnerstag, den 27. Februar.

1913.

Französische Geschichtsfälschung.

Die französischen Berichterstatter in Berlin scheinen heute ihre besondere Aufgabe darin zu erhalten zu haben oder zum mindesten selbst darin zu erblicken, mit allen Mitteln auch von ihrem Pfad aus an dem Hochgrad mitzuarbeiten, womit man Volk und Parlament in Frankreich von der Notwendigkeit der äußersten Anspannung der nationalen Wehrkraft zu überzeugen und selbst für die Rückkehr zur dreijährigen Dienstzeit zu gewinnen sucht. Das ist ihr gutes Recht und man wird von deutscher Seite nichts dagegen einzuwenden haben, solange sie, wie überhaupt die französische Propaganda für die geplante Wehrvorlage in Frankreich sich hierbei eifriger Mittel bedienen, die, wenn sie schließlich auch nicht Dritte, ganz aus dem Spiele lassen können, doch zum wenigsten sich hierbei von Unwahrheiten, Entstellungen und Geschicklichkeiten in bezug auf andere freihalten.

Der „Temps“ sprach nach dieser Seite bei seiner Ankündigung der geplanten französischen Wehrvorlage eine sehr richtige Mahnung zur Mäßigung und Zurückhaltung aus; nur richtete er sie an eine ganz falsche Adresse, indem er glaubte, sie an die deutsche Presse richten zu sollen. Denn wie sich mittlerweile mit vollster und jeden Tag noch steigender Deutlichkeit zeigt, ist nicht sie, die es an dieser Mäßigung fehlen läßt, sondern die französische Presse, und neuerdings ganz besonders verschiedene ihrer Berliner Berichterstatter. Der Pariser Korrespondent der „Rein. Zig.“ weiß auf die viele Taktlose mit allem Nachdruck hin, indem er folgende Bemerkenswerte Ausführungen macht: Es ist auf die verneinende Tätigkeit hingewiesen, für die der Berichterstatter des „Echo de Paris“ und des „Figaro“, Herr Bonheur, nicht einen Tag vergehen läßt, ohne seine Landsleute die dreijährige Dienstzeit als einziges Rettungsmittel gegen deutsche Angriffs- und Raubgeilheit hinzustellen, die nach ihm nur auf den Augenblick lauern, um halb Frankreich mit seinen Kolonien zu verschlingen. Hier sind es die schwarzen Feinde Deutschlands für die unmittelbare Zukunft, mit denen operiert wird, um von dem französischen Bürgermann und dem Provinzler durch Schrecken und Angst seine Zustimmung zu den geforderten Opfern abzufragen. Der Berichterstatter des „Matin“, Herr Hedemann, den der „Matin“ in besonderer Sendung zu dieser Aufgabe nach Berlin geschickt zu haben scheint, operiert seinerseits mit der Vergangenheit, um durch ihre Auslegung dieselben Ziele zu verfolgen. Er stellt diese Vergangenheit heute auf einen vierfachen Beweisversuch, um darzutun, daß nicht dank Deutschland, sondern gegen Deutschland Frankreich und die Welt in den letzten acht Jahren Ruhe und Frieden hatten. Deutschland, führt er aus, bedrohte den Frieden und wurde nur durch das Zusammenhalten Frankreichs, Englands und Russlands davon abgehalten, den Krieg zu entfeuern: 1. als es 1905 Frankreich streift an einem Abend hin; 2. als es 1908 von Frankreich „Entschuldigungen“ über den Fall der Deierture in Calabancia verlangt habe; 3. als es 1909 sich für die Aneignung Bosniens an die Seite Österreichs stellte und in Petersburg erklärte, es stehe hinter Österreich; 4. als es 1911 den „Panther“ nach Agadir schickte.

Man kann kaum mehr Geschichtslügen aufhäufen, als es hier in wenigen Zeilen durch den Reporter des „Matin“ geschieht. 1. Es ist richtig, daß 1905 Deutschland Frankreich jenen Hinweis auf seine Stellungnahme gegenüber dem Vorgehen Frankreichs in Marokko machte. Aber worin bestand dieses Vorgehen Frankreichs? Hat man es in Frankreich selbst bei dem Sturze Delcassés nicht einmütig eingestanden, daß es die deutschen Rechte und Interessen offen mißachtete und Deutschland in der marokkanischen Frage als Quantité négligeable behandeln zu können glaubte? Will man etwa heute nur von Deutschland verlangen, daß es diese Behandlung sich ruhig gefallen lassen müsse. Deutschland war es, das Frankreich eine Konferenz zur gütlichen Regelung der marokkanischen Frage vorschlug. Wer war es aber, der diese Konferenz ablehnte und es in dem berühmten Ministerrat dagegen auf den Krieg ankommen lassen wollte, indem er erklärte: „England steht hinter uns?“ Herr Delcassé! Aber das tut nichts! Heute muß die historische Lesart in Frankreich heißen: Deutschland hat 1905 den Krieg gewollt. 2. Es ist unwar, daß Deutschland 1908 im Calabanciafall „Entschuldigungen“ verlangt hat. Deutschland war es vielmehr, das für die Rechtsfrage in diesem Falle die schiedsrichterliche Entscheidung vorschlug und nur für die zwischen den französischen Soldaten und dem deutschen Konsulatsbeamten erfolgten Tätlichkeiten den Ausbruch gegenseitigen Bedauerns vorschlug, genau wie das Schiedsgericht im Haag dann auch darüber entschied. Diese Haltung Deutschlands als eine Herausforderung zum Krieg ausulegen, der dann nur dank den anderen Mächten verhindert worden sei, ist abermals eine Fälschung der Geschichte. 3. Es ist richtig, daß Deutschland 1909 das Petersburger Kabinett auf seine Bündnisverpflichtungen gegenüber Österreich hin-

garn hingewiesen hat, aber nicht um damit zum Krieg zu treiben, sondern um den Krieg zu verhindern, was Deutschland denn auch gelungen ist. Ohne diesen Schritt Deutschlands wäre es aber vielleicht zum Kriege gekommen. Die Darstellung des „Matin“ ist also auch hier eine unwar, von dem Charakter und dem Erfolg des heutigen Schrittes widerlegte Unterstellung. 4. Mit der Herausforderung von Agadir verhält es sich ebenso wie mit der angeführten Herausforderung Deutschlands 1905 gegen Frankreich. Deutschland sandte sein Schiff nach Agadir erstens, um eigene bedrohte Interessen zu schützen, zweitens um Frankreich nur Augen zu führen, daß sein verträgliches Vorgehen Deutschland nicht mehr gleichgültig und teilnahmslos lassen könne, nachdem Frankreich es sich offensichtlich aneignen ließ sich, alle deutschen Verträge zur Ausführung der getroffenen Abkommen und Vereinbarungen entweder ganz beiseite oder auf die lange Bank zu schieben. Der französische Standpunkt geht allerdings hier wie für die Frage von 1905 darauf aus, daß Deutschland sich von Frankreich alles gefallen lassen müsse, um als friebfertig zu gelten. Tut es dies nicht, so treibt natürlich sich Frankreich, sondern Deutschland zum Kriege.

Es ist freilich wenig Aussicht vorhanden, von dieser Auffassung und Geschichtsfälschung diejenigen Franzosen zu bekehren, die sich nicht bekehren lassen wollen, die sie notwendig haben, um damit andere, heute die, morgen jene Ziele zu verfolgen. Man muß von deutscher Seite aber gleichwohl mit Entschiedenheit gegen die unehrliche und verneinende Ausdeutung Front machen, womit gewisse französische Berichterstatter unter dem Anschein, in Deutschland selbst noch die letzte Bestätigung ihrer Behauptungen erhalten zu haben, diese tendenziösen Geschichtsfälschungen aufstellen, um damit das französische Volk und Parlament nach ihrem Sinne für die geplanten Wehrvorlagen zu bearbeiten. Das Treiben muß die durch eine andere planmäßige Setze zwischen dem deutschen und französischen Volke herorgezogene Spannung in der gefährlichsten Weise nur noch vertiefen, indem man Deutschland dem französischen Volk als den alleinigen Urheber und Schuldigen hinstellt, dem es die von ihm geforderten ungeheuren Opfer zu verdanken habe. Wer in Wirklichkeit dieser Urheber und Schuldige ist, darüber wird noch ein besonderes Kapitel zu schreiben sein. Zunächst ist es aber notwendig, zu zeigen, wo heute in der Tat die Fehler liegen, die mit solchen Mitteln in demselben Augenblicke die Verfeinerung zweier großer Völker betreiben, wo sie andere der Behauptung des Friedens fälschlich bezichtigen.

Vom Balkan.

Kriegsruhe Türlen.

In Stambruler Moscheen und einigen mohammedanischen Theologenschulen wurden, wie ein Telegramm aus Konstantinopel meldet, vorerhien nach Aufbruch sunden, in denen das jehige Kabinett sowie die Fortsetzung des Krieges getadelt und die Politik des früheren Kabinetts als richtig bezeichnet wird. Der Aufbruch betont, daß, da die europäische Türkei nicht mehr zu halten sei, es unnütz wäre, Söhne Anatoliens dafür zu opfern. Die Aufbruch sollen auch unter der Arme verteilt worden sein. Die Polizei hat eine strenge Unterdrückung eingeleitet.

Der „Tanin“ erklärt, daß die Griechen 40 000 Mann von Saloniki über Karaferris und Korca nach Tanina dirigieren. Mittermedanunen zufolge ist Major Sabri, ein bekanntes Mitglied des jugarischen Komitees, der in der Zukunft eine große Rolle spielen, in ferliche Gefangenenschaft geraten. Das Gerücht, daß Herr Sabri fort sei, hat sich bei den englischen Botschaft vertragen hatte, ist falsch. Sabri ist nur zwei Wochen gefesselt und befindet sich gegenwärtig in Kagnyten. Ein Spitaltschiff hat sechsen 457 verwundete und frante Soldaten aus Gallipoli und 36 verwundete Freiwillige aus Tschatabdisa hierher gebracht.

Das bevorstehende Demobilisierungsabkommen.

Im zuständigen Stelle wird dem „Fester Vloab“ berichtet, daß ein gegen seitiges Abkommen zwischen Österreich-Ungarn und Russland zur Aufhebung beziehungsweise Einschränkung der militärischen Vorkehrungen annehmlich nicht außerhalb des Reiches der Wahrheit sein könnte. Tatsache sei jedoch, daß bis zur Stunde ein Einverständnis dieser Art zwischen den beiden Reichen noch nicht hergestellt ist.

Dreißig Deutsche in Adrianopel.

Konstantinopeler Meldungen zufolge leben in Adrianopel dreißig Reichsdeutsche und zwanzig Österreicher, zudem ein Barmherziker, die sich nach einer Meldung Schürri Paulus durchaus wohl befinden.

Deutsches Reich.

Kröcher's Reichstagsmandat.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstages kam in ihrer Mittwochs-Sitzung zur Ungültigkeitserklärung der Wahl des früheren Präsidenten des preussischen Abgeordnetenhauses Jordan v. Kröcher, dessen Wahlkreis Salzwedel-Gardelogen ist. Für die Entscheidung über die Ungültigkeit kann insbesondere die

alte Streitfrage der Unterschriften von Amtsdirektoren unter Wahlaufrufen in Betracht.

Herr v. Kröcher wurde in der Stichwahl mit 13 465 Stimmen gewählt gegen 13 144, die auf den Enkel des Deutschen Bauernbundes, Dr. Böhm, entfielen. Bei der Hauptwahl entfielen auf Herrn v. Kröcher 12 073 Stimmen, auf Dr. Böhm 10 271 und auf den Sozialdemokraten 2 407 Stimmen.

Wenn der Reichstag dem Beschluß auf Ungültigkeitserklärung beitrifft, ist die Wiederwahl des „alten Mannes“ ausgeschlossen.

Die neue Militärvorlage.

In einer durch die Presse gehenden Notiz werden die Forderungen zur Deckung der neuen Militärvorlage auf 150 Millionen Mark angegeben. Diese Summe dürfte aber nicht ausreichen, um die allgemeine als dringlich erachtete Fortsetzung unseres Heeres durchzuführen. Man wird also mit einer höheren Forderung rechnen müssen.

Wohlfahrt ist darauf hingewiesen worden, daß eine Erhöhung und ein Ausgleich der Etatsfähren bei den Truppeneinheiten unserer Armee unumgänglich ist, und man dürfte wohl nicht fehlgehen in der Annahme, daß hierdurch und nicht durch Reformierungen, sowie durch eine erneut aufgenommene Ausbildung der Ersatzreitere in der Hauptsache die Höhe der Kosten bedingt wird. Mit in erster Linie würde die gleichmäßige Erhöhung des Etats der Infanteriebataillone in Betracht kommen, die auf etwa 600 Mann u. pro Bataillon (Unteroffiziere und Gemeine) gebracht werden müssen. Durch die letzte Heeresnovelle ist die Herabsetzung einer ganzen Anzahl von Bataillonen behufs Formierung der neuen Maschinengewehrkompanien auf den niedrigsten Etat vorgehoben, so daß im ganzen sogar 327 Bataillone niedrigen Etats vorhanden sind. Weiter waren die Klagen über eine ungenügende Bewpannung unserer Feldartillerie als berechtigt anzuerkennen, und eine Erhöhung des niedrigen Etats von 210 Bataillonen durch Befähigung der Bewpannungen für alle 6 Geschütze wäre eine weitere Forderung, die erfüllt werden sollte. Hinsichtlich der Frage der Erhöhung von Kavallerieeinheiten, bezw. der Aufstellung von Stäben für solche Divisionen im Frieden, die die Dauererhaltung auf dem bereits genannten Standpunkte verharren. Für die in Friedenszeiten beständigen Stäbe werden entsprechende Budgetaufstellungen sein. Dagegen läßt die veränderte bereits eingeführte Aufstellung von Kadettenkorpsgruppen darauf schließen, daß bei den Jägerbataillonen Kadettenformationen zur Einführung gelangen werden.

Da der Nachtragsetat für die Luftflotte die benötigten Verhärtungen an Mannschaften nicht vorliefe, so kann auch angenommen werden, daß in der neuen Militärvorlage entsprechende Forderungen enthalten sein werden.

1913.

Franz Mehring, der rabulische Sozialdemokrat, wendet sich in der revisionistischen „Chemiker Volksstimme“ gegen die Haltung seiner Berliner Parteigenossen in der Frage der Gedächtnisfeier zur Erinnerung an die Befreiungskriege. Daß die Berliner Sozialdemokraten die Beteiligung an der Feier ablehnen, ist ihm nicht unerwartet. Vor allem beantragt er die Begründung ist er nicht einverstanden. Vor allem beantragt er die Begründung ist er nicht einverstanden. Vor allem beantragt er die Begründung ist er nicht einverstanden.

Das ist in solcher Allgemeinheit doch nicht richtig. Wir haben allen Anlaß, ehrend des Heldentums zu gedenken, womit sich vor 100 Jahren die Massen, namentlich auch in Berlin, gegen eine drückende Fremdherrschaft erhoben haben. Gewiß hat Napoleon eine Masse feudalen Unrates von deutschen Boden geseht, wemir war seine Niederlage ein Sieg der europäischen Reaktion, aber er hat die deutschen Lande und namentlich die ostpreussischen Provinzen so unarmherzig ausgebeutet und unterdrückt, daß die Erhebung dagegen ebenlo berechtigt war, wie heute unsere Erhebung gegen die Ausbeutung und Unterdrückung des Kapitalismus, der ja auch eine revolutionäre Seite hat. Selbstverständlich ist dies auch die Meinung unserer Fraktion in der Berliner Stadtverordnetenversammlung. Aber sie hat ihren Gedanken in mehrdeutlicher Weise ausgedrückt, in einer Weise, die von unseren Gegnern wirksam ausgebeutet werden kann. Wer in den ostpreussischen Hinterwäldern aufgewachsen ist, der weiß auch, wie tief in der ländlichen Bevölkerung die Erinnerungen an die Landwexren von 1813 wurzeln, und gar so leicht brauchen wir den junkerlichen Demagogen die Sache doch nicht zu machen.

Die Schuld an der Entartung des Gedächtnisfestes hätte entwidmet müssen, aber gegenüber dieser Aufgabe wieder einmal verlagert habe. Es scheint, daß die Redaktion des „Vorwärts“ nirgendwo Freunde hat.

Feilschverbrauch in Deutsch-Südwest.

In unserem Hauptfeilschland macht sich eine harte Strömung bemerkbar, die für den Vieh- und Feilschverbrauch des Landes ein regelmäßiges Abgabegeld schaffen will. In der Zeitung „Südwest“ wird nun darauf hingewiesen, daß der Feilschverbrauch der Kolonie sehr ungesund ist, was es sonst in Viehschändern der Fall ist. Es wird behauptet, daß in Windhoek der Viehe täglich drei Viertel Pfund Feilsch, der Eingeborene wenig mehr als ein Sechstel verzehrt. Die genannte Zeitung meldet nun, der Feilsch-

...dorenenkonium könnte noch wesentlich gesteigert werden; freilich ist zurzeit auch das geringere Fleisch zu teuer. Dem Eingehorenen würde eine vermehrte Zufuhr nach festlichem Einseitig tun, weil die Arbeitkraft dadurch nicht wüchsig wird. Das Fleisch ist schließlich nicht sehr teuer als Reis und Weiz, das heute den meisten Arbeitern gemährt wird. In Windstark erhält der Eingehorene außer seiner Nahrung an Fleisch usw. meist am Abend noch täglich. Dafür bezahlt der Privatmann 24 bis 25 Pf. für das Pfund, und dem Kaufmann kostet das Pfund etwa 21 bis 23 Pf. Wäre das Fleisch nicht so teuer, so würde mancher Privatmann, vielleicht auch mancher Kaufmann, seinen Eingehorenen häufiger Fleisch verabfolgen und mit dem eingeführten Reis und Weiz zurückhalten, was unserer eigenen Wirtschaft nur zugute käme.

Heer und Flotte.

Severere Truppenübungen im Jahre 1913.

Außer dem Kaisermandat zwischen dem 5. und 6. Armeekorps findet statt ein eintägiges Manöver im Korpsverband gegen markierten Feind unter Leitung des Generalinspektors einer Armeeeinspektion beim Gardekorps, 1., 3., 10., 14., 18., 20. und 21. Armeekorps. Gewöhnlich zwei bis dreitägige Korpsmanöver finden bei allen Armeekorps außer dem am Kaisermandat beteiligten statt. Angriffsbewegungen ohne Schärffeldgehen werden im Manöver beim 2. und 11. Armeekorps abgehalten. Bei letzterem findet zudem eine besondere Übung einer verstärkten Reserve-Infanteriebrigade statt. Kavalleriedivisionen werden aufgeführt beim 4. und 10. Armeekorps je zwei, beim 7., 14. und 17. Armeekorps je eine. Die Garde-Kavallerie-Division wird gegen eine aus der 6., 7. und 8. Kavalleriebrigade gebildete Division in Altengradow Gefechtsübungen abhalten.

Größere Manöverübungen werden unter Leitung der Infanterie der 2. Division (Infanterie) bei Soltau und der 3. Kavallerie-Inspektion (bei Helm) abgehalten. Alle Truppen müssen bis zum 30. September, dem spätesten Erkennungstage, in ihre Standorte zurückgeführt sein.

Mb. Deutscher Reichstag.

120. Sitzung, Mittwoch, den 28. Februar.

Die Tages- und Bundestages sind leer.
Vizepräsident Dr. Paasche eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Minuten.

Die reichsgesetzliche Regelung des Submissionswesens.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Antrag Daffertmann (Nied.) die verbundenen Regierungen um Vorlegung eines Gesetzesentwurfs zu ersuchen, wonach das Submissionswesen im Deutschen Reich geregelt wird.

Auf Antrag des Abg. Schütz (Wp.) wird ein Antrag Camp (Wp.), der ebenfalls die reichsgesetzliche Regelung des Submissionswesens fordert, mit zur Beratung gestellt.

Abg. Freiherr von Nosthoffen (Nied.) begründet den Antrag Daffertmann. Der Gegenstand bezieht sich auf die reichsgesetzliche Regelung des Submissionswesens im Deutschen Reich. In Frankreich hat man die seit 1800 Jahren bestehende, bei uns jedoch seit 1885 eine reichsgesetzliche Regelung des Submissionswesens verlangt. Dem preussischen Minister der öffentlichen Arbeiten hat sich ein vom Reichstag beschlossener Entwurf, wonach die Submissionsverfahren in allen Bundesländern einheitlich geregelt werden, nicht gefallen. Die Bundesländer haben sich nicht angeschlossen. Dem Reichstag hat sich ein vom Reichstag beschlossener Entwurf, wonach die Submissionsverfahren in allen Bundesländern einheitlich geregelt werden, nicht gefallen. Die Bundesländer haben sich nicht angeschlossen. Dem Reichstag hat sich ein vom Reichstag beschlossener Entwurf, wonach die Submissionsverfahren in allen Bundesländern einheitlich geregelt werden, nicht gefallen. Die Bundesländer haben sich nicht angeschlossen.

Abg. Wurm (Wp.) begründet den Antrag Daffertmann. Dieser stellt eine Reihe von Grundfragen auf. So soll keinem im Bezirk der bezogenen Behörde wohnenden natürlichen und juristischen Person die Befugnis zur Teilnahme an den Submissionsverfahren für Reichs- und Staatsverträge verweigert werden. Alle Submissionsverfahren sollen auf angemessenen Preisen beruhen. Für jede Art von Submissionen ist eine Befugnis der Verwaltungsjuristen vorgesehen. Die Submissionsverfahren sollen auf angemessenen Preisen beruhen. Für jede Art von Submissionen ist eine Befugnis der Verwaltungsjuristen vorgesehen. Die Submissionsverfahren sollen auf angemessenen Preisen beruhen. Für jede Art von Submissionen ist eine Befugnis der Verwaltungsjuristen vorgesehen.

Abg. Wurm (Wp.) begründet den Antrag Daffertmann. Dieser stellt eine Reihe von Grundfragen auf. So soll keinem im Bezirk der bezogenen Behörde wohnenden natürlichen und juristischen Person die Befugnis zur Teilnahme an den Submissionsverfahren für Reichs- und Staatsverträge verweigert werden. Alle Submissionsverfahren sollen auf angemessenen Preisen beruhen. Für jede Art von Submissionen ist eine Befugnis der Verwaltungsjuristen vorgesehen. Die Submissionsverfahren sollen auf angemessenen Preisen beruhen. Für jede Art von Submissionen ist eine Befugnis der Verwaltungsjuristen vorgesehen.

Abg. Wurm (Wp.) begründet den Antrag Daffertmann. Dieser stellt eine Reihe von Grundfragen auf. So soll keinem im Bezirk der bezogenen Behörde wohnenden natürlichen und juristischen Person die Befugnis zur Teilnahme an den Submissionsverfahren für Reichs- und Staatsverträge verweigert werden. Alle Submissionsverfahren sollen auf angemessenen Preisen beruhen. Für jede Art von Submissionen ist eine Befugnis der Verwaltungsjuristen vorgesehen. Die Submissionsverfahren sollen auf angemessenen Preisen beruhen. Für jede Art von Submissionen ist eine Befugnis der Verwaltungsjuristen vorgesehen.

Abg. Wurm (Wp.) begründet den Antrag Daffertmann. Dieser stellt eine Reihe von Grundfragen auf. So soll keinem im Bezirk der bezogenen Behörde wohnenden natürlichen und juristischen Person die Befugnis zur Teilnahme an den Submissionsverfahren für Reichs- und Staatsverträge verweigert werden. Alle Submissionsverfahren sollen auf angemessenen Preisen beruhen. Für jede Art von Submissionen ist eine Befugnis der Verwaltungsjuristen vorgesehen. Die Submissionsverfahren sollen auf angemessenen Preisen beruhen. Für jede Art von Submissionen ist eine Befugnis der Verwaltungsjuristen vorgesehen.

Neue Uniform für die Sanitätsmannschaften.

Durch Kabinettsorder vom 13. d. M. ist bestimmt worden, daß die Sanitätsmannschaften bei den Truppen die Uniform ihres Truppenteils und des Truppenteils, dem sie zur Einrückung zugeteilt sind, jedoch ohne Anbeller und Kartusche, die Sanitätsabzeichen der Garnisonsgarettie die Infanterie-Uniform des Armeekorps tragen, zu dem das Tasgarett gefügt, und auf den Schulterklappen beim Gardekorps ein „G“ und bei den übrigen Armeekorps deren Nummern. Sämtliche Sanitätsmannschaften tragen die Ausrüstung auf dem rechten Oberarmel des Waffenrockes, des Dreifurths und der Dreifurthkappe.

Ausland.

Das italienisch-spanische Abkommen.

Zu der Erklärung San Giulianos, daß Italien im Besitz der Mittelmeersee sei, hat Spanien seine Beziehungen anzuknüpfen, veröffentlicht die römische „Stampa“ eine Unterredung mit dem bekannten Abgeordneten Cimeni, einem Vertrauten Giolittis, welcher sich dahin äußerte:

Die Initiative zu einem italienisch-spanischen Uebereinkommen im Mittelmeer ist von Madrid ausgegangen und hat in hiesigen Kreisen die Aufnahme gefunden, die sie verdient. Italien ist bereit, sich nicht zu verweigern, daß das Mittelmeer nicht als ein französisches Meer betrachtet wird, um so mehr, als Frankreich jede Gelegenheit benützt, um zu erklären, daß es dieses Meer als „Mare nostrum“ bezeichnet. Die Integrität des Mittelmeers wird von vier Mächten, und zwar von Italien, Oesterreich-Ungarn, der Türkei und Spanien gewährleistet.

Zum Schluß sprach Cimeni noch den Wunsch aus, daß Griechenland durch die Abgrenzung beitreten möge. Augenblicklich aber, so sagte er, treibt Griechenland noch eine fragefreundliche Politik. Man muß daher abwarten, bis ihm die Augen aufgegangen sind, wie dies mit Spanien tut.

...lächlich bereits gesehen ist. — In Frankreich ist man natürlich sehr wenig erfreut, daß die Freude über die Auszeichnung Boinears durch Kaiser Nikolaus von Rußland durch diese Bitte vergällt wird.

Das Mitleidensgesetz in Mexiko.

Aus der Stadt Mexiko wird gemeldet, daß auch ein neuer Bruder des erstverstorbenen Präsidenten Madero, Emilio, die Truppen Huertas nördlich vom Monterey gesammelt hat und er sich in dem Heimatort der Familie Madero, Cuahuila, eine Gegenrevolution ins Werk setzen wollte. Auch ein Onkel Maderos, Alberto Madero, ist in Cuahuila erschienen worden. Die Maderos sind die Präsidenten und seine übrigen Verwandten, die sich am Kopf eines kubanischen Krieges in Veracruz eingefügt haben, werden von dem kubanischen Generalen begleitet. Huerta amnestierte politische Gefangene und besetzte seine Anhänger mit Rangsbezeichnungen. Er führt auch erfolgreiche Verhandlungen mit den Zapatisten und anderen Rebellen. Die Hauptstadt ist ruhig. Die Regierung behauptet auch, von allen Staaten, ausgenommen den drei südlichen, anerkannt worden zu sein. Viele aus der Stadt Mexiko stammende Nachrichten über zunehmende Wiederherstellung der Ordnung in den Provinzen, sind aber offenbar gefälscht. In Washington ist man allmählich geneigt, die offizielle Darstellung von der Erziehung Maderos anzunehmen. Der Vizepräsident Wilson erhält auch weiterhin Vollmacht zum eigenen Ermessen mit der mexikanischen Regierung zu unterhandeln. Im Staatsdepartement von Washington machte Bundes Senator Shepard Vorstellungen wegen des ungenügenden Schutzes der territorialen Grenze. Auf Veranlassung des Gouverneurs von Texas, Colquhoun, sind vier Kompanien Soldaten nach Rio Grande an die Grenze entsandt, um Schutz der territorialen Wälder in Matamoros (Mexiko), wo der mexikanische Militär-gouverneur von den Amerikanern einen hohen Gehalt verlangt haben soll, mitdringensfalls das amerikanische Konsulat mit Dynamit in die Luft gesprengt werden würde.

Abg. Bremer-Gesellschaft (Wp.).

Die Vorkämpfer für die Heranziehung des Handwerks zu den Submissionsverfahren dürfen nicht nur auf dem Papier stehen, sondern sie müssen auch ausgeführt werden. Die Submissionsverfahren sollen weniger die Arbeiter heranziehen als die Erwerbenden sammeln. Damit schließt die Ansprache Sämtliche Anträge gegen ein einheitliches Submissionswesen.

Der konservernationale Antrag über die kleinen Gewerbetreibenden ist, wie abgesehen und soll am nächsten Mittwoch beraten werden.

Petitionen.

Die Petitionen fordern eine Veränderung des Bundesgesetzgebungsgesetzes. Sie verlangen eine Erhöhung der Submissionsverfahren, ferner die Gewährung eines Kontingents an die Bundesgewerbetreibenden bezüglich der Bundesgewerbetreibenden. Einige andere ergaben an die Herstellung von Schweden, die Herstellung von Eisenbahnen durch die Bundesgewerbetreibenden mit einer Steuer zu belegen. Wieder andere fordern die Aufhebung des Bundesgesetzgebungsgesetzes.

Abg. Sperlich (Zentr.).

Die Petitionen der Bundesgewerbetreibenden sind die Petitionen der Bundesgewerbetreibenden. Sie verlangen eine Erhöhung der Submissionsverfahren, ferner die Gewährung eines Kontingents an die Bundesgewerbetreibenden bezüglich der Bundesgewerbetreibenden. Einige andere ergaben an die Herstellung von Schweden, die Herstellung von Eisenbahnen durch die Bundesgewerbetreibenden mit einer Steuer zu belegen. Wieder andere fordern die Aufhebung des Bundesgesetzgebungsgesetzes.

Abg. Hakenast (Soz.).

Die Petitionen der Bundesgewerbetreibenden sind die Petitionen der Bundesgewerbetreibenden. Sie verlangen eine Erhöhung der Submissionsverfahren, ferner die Gewährung eines Kontingents an die Bundesgewerbetreibenden bezüglich der Bundesgewerbetreibenden. Einige andere ergaben an die Herstellung von Schweden, die Herstellung von Eisenbahnen durch die Bundesgewerbetreibenden mit einer Steuer zu belegen. Wieder andere fordern die Aufhebung des Bundesgesetzgebungsgesetzes.

Abg. Dr. Wand (Wp.).

Die Petitionen der Bundesgewerbetreibenden sind die Petitionen der Bundesgewerbetreibenden. Sie verlangen eine Erhöhung der Submissionsverfahren, ferner die Gewährung eines Kontingents an die Bundesgewerbetreibenden bezüglich der Bundesgewerbetreibenden. Einige andere ergaben an die Herstellung von Schweden, die Herstellung von Eisenbahnen durch die Bundesgewerbetreibenden mit einer Steuer zu belegen. Wieder andere fordern die Aufhebung des Bundesgesetzgebungsgesetzes.

Die Petitionen der Bundesgewerbetreibenden sind die Petitionen der Bundesgewerbetreibenden. Sie verlangen eine Erhöhung der Submissionsverfahren, ferner die Gewährung eines Kontingents an die Bundesgewerbetreibenden bezüglich der Bundesgewerbetreibenden. Einige andere ergaben an die Herstellung von Schweden, die Herstellung von Eisenbahnen durch die Bundesgewerbetreibenden mit einer Steuer zu belegen. Wieder andere fordern die Aufhebung des Bundesgesetzgebungsgesetzes.

Die Petitionen der Bundesgewerbetreibenden sind die Petitionen der Bundesgewerbetreibenden. Sie verlangen eine Erhöhung der Submissionsverfahren, ferner die Gewährung eines Kontingents an die Bundesgewerbetreibenden bezüglich der Bundesgewerbetreibenden. Einige andere ergaben an die Herstellung von Schweden, die Herstellung von Eisenbahnen durch die Bundesgewerbetreibenden mit einer Steuer zu belegen. Wieder andere fordern die Aufhebung des Bundesgesetzgebungsgesetzes.

Abg. Feuerstein (Soz.).

Die Petitionen der Bundesgewerbetreibenden sind die Petitionen der Bundesgewerbetreibenden. Sie verlangen eine Erhöhung der Submissionsverfahren, ferner die Gewährung eines Kontingents an die Bundesgewerbetreibenden bezüglich der Bundesgewerbetreibenden. Einige andere ergaben an die Herstellung von Schweden, die Herstellung von Eisenbahnen durch die Bundesgewerbetreibenden mit einer Steuer zu belegen. Wieder andere fordern die Aufhebung des Bundesgesetzgebungsgesetzes.

Die Petitionen der Bundesgewerbetreibenden sind die Petitionen der Bundesgewerbetreibenden. Sie verlangen eine Erhöhung der Submissionsverfahren, ferner die Gewährung eines Kontingents an die Bundesgewerbetreibenden bezüglich der Bundesgewerbetreibenden. Einige andere ergaben an die Herstellung von Schweden, die Herstellung von Eisenbahnen durch die Bundesgewerbetreibenden mit einer Steuer zu belegen. Wieder andere fordern die Aufhebung des Bundesgesetzgebungsgesetzes.

Die Petitionen der Bundesgewerbetreibenden sind die Petitionen der Bundesgewerbetreibenden. Sie verlangen eine Erhöhung der Submissionsverfahren, ferner die Gewährung eines Kontingents an die Bundesgewerbetreibenden bezüglich der Bundesgewerbetreibenden. Einige andere ergaben an die Herstellung von Schweden, die Herstellung von Eisenbahnen durch die Bundesgewerbetreibenden mit einer Steuer zu belegen. Wieder andere fordern die Aufhebung des Bundesgesetzgebungsgesetzes.

Die Petitionen der Bundesgewerbetreibenden sind die Petitionen der Bundesgewerbetreibenden. Sie verlangen eine Erhöhung der Submissionsverfahren, ferner die Gewährung eines Kontingents an die Bundesgewerbetreibenden bezüglich der Bundesgewerbetreibenden. Einige andere ergaben an die Herstellung von Schweden, die Herstellung von Eisenbahnen durch die Bundesgewerbetreibenden mit einer Steuer zu belegen. Wieder andere fordern die Aufhebung des Bundesgesetzgebungsgesetzes.

Die Petitionen der Bundesgewerbetreibenden sind die Petitionen der Bundesgewerbetreibenden. Sie verlangen eine Erhöhung der Submissionsverfahren, ferner die Gewährung eines Kontingents an die Bundesgewerbetreibenden bezüglich der Bundesgewerbetreibenden. Einige andere ergaben an die Herstellung von Schweden, die Herstellung von Eisenbahnen durch die Bundesgewerbetreibenden mit einer Steuer zu belegen. Wieder andere fordern die Aufhebung des Bundesgesetzgebungsgesetzes.

Die Petitionen der Bundesgewerbetreibenden sind die Petitionen der Bundesgewerbetreibenden. Sie verlangen eine Erhöhung der Submissionsverfahren, ferner die Gewährung eines Kontingents an die Bundesgewerbetreibenden bezüglich der Bundesgewerbetreibenden. Einige andere ergaben an die Herstellung von Schweden, die Herstellung von Eisenbahnen durch die Bundesgewerbetreibenden mit einer Steuer zu belegen. Wieder andere fordern die Aufhebung des Bundesgesetzgebungsgesetzes.

Preussischer Landtag. Abgeordnetenhaus

Sitzung vom 26. Februar 1912.

Ministerpräsident: Staatssekretär Dr. Eymon.
Herr Präsident Dr. Krause eröffnete die Sitzung um 11¼ Uhr.
Es wurde die Beratung des Etats der Handels- und Gewerbeverwaltung fortgesetzt.

Herr v. der Osten (Konf.): Das Stellenvermittlungsgesetz hat verhältnismäßig den Arbeitslosen und Arbeitsnachweiser zum Teil der privaten Initiative zu entziehen. Die Konzentration der Arbeitnehmer in den Großstädten, ferner die ungebrochene Steigerung und Befestigung der Arbeitsstunden und Arbeitsmethoden mit Währungs- und endlich die kollektive Behandlung, die teilweise eingetretene, nur, so lange der Staat, eingeleitet. Zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern besteht leider beständig ein latenter Kampf, der ohne Zweifel auf das Schicksal des Sozialdemokraten zu setzen ist. Mit den Verbotsmaßnahmen soll ein wirtschaftlicher Zerfall ausgedrückt werden. Der paritätische Arbeitsnachweis wird zu einem sozialdemokratischen Arbeitsnachweis. Um die Tätigkeit der Arbeitsnachweise völlig unparteiisch zu gestalten, ist es wünschenswert, daß öffentliche Arbeitsnachweise geschaffen werden. Ich glaube, daß es die einzig richtige Lösung ist, wenn die Kreise und Städte sich dieses Arbeitsfeldes annehmen. (Beifall.)

Herr v. der Osten (Konf.): Ich betrachte es als die erste Aufgabe der Arbeitsnachweise, daß sie darauf achten, daß die Arbeitsnachweise nicht als Kampfmittel für irgend einen Zweck verwendet werden. Es gibt Arbeitgebernachweise, die vollkommen unparteiisch funktionieren. Da ich ein Arbeitsnachweise paritätisch nennt, ist nicht entsetzend, sondern es kommt darauf an, wie der Arbeitsnachweise seine Tätigkeit ausübt. Eine Vereinfachung der Herstellung liegt darin, wenn die Angelegenheiten gewisser Organisationen bei der Arbeitsvermittlung bevorzugt werden. Wenn man die Parität wirklich durchzuführen will, muß man sie auch für die Arbeiter durchzuführen, sonst werden die Arbeitsnachweise zu einem Mittel, die Arbeiter in die Organisationen hineinzuzwingen. (Sehr richtig! richtig.) Wir müssen dahin wirken, daß die nichtorganisierten Arbeiter ebenso behandelt werden wie die organisierten. (Sehr richtig! richtig.) Eine wirkliche Unparteilichkeit ist nur die, die keine anderen Zwecke im Auge hat, als die Arbeit zu vermitteln, den geeigneten Mann an die geeignete Stelle zu bringen. Die besten Garantien dafür bieten die gemeinnützigen Arbeitsnachweise, besonders diejenigen unter kommunaler Leitung. Wir können nur solche Arbeitsnachweise unterstützen, die dem reinen Zweck der Unparteilichkeit nachstreben. (Beifall richtig.) Die bestehenden provinziellen Arbeitsnachweise in Preußen sind unter sich verschieden, können aber auch einen Austausch unter den Provinzen herbeiführen, besonders wenn sie sich mit den Arbeitsnachweisen der Kommunalverwaltungen in Verbindung setzen. Ich begrüße ihren Zusammenschluß mit Fremde, weil diese Verbände den Grundlag der Unparteilichkeit an die Spitze gestellt haben und nicht den Grundlag der formalen Parität.

Herr Dr. Fiebig (Vorfr. Sp.): Staatliche Unterstützung sollten nur die öffentlichen Arbeitsnachweise erhalten, die auf paritätischer Grundlage beruhen.

Herr Dr. König (Ztr.): Für die unentgeltlichen Arbeitsnachweiserstellen für die minder bemittelten Bevölkerungskreise müßte der neue Etat mehr Mittel vorsehen. Die sozialdemokratischen Arbeitsnachweiserstellen sind immer mehr und werden ganz besonders zur parteipolitischen Propaganda ausgenutzt. Die Einrichtung unparteiischer öffentlicher Arbeitsnachweiserstellen ist notwendig, damit die Arbeiter und minder bemittelten Angestellten hausbesitzlichen Organisationen ferngehalten werden. (Sehr richtig!)

Herr Geinert (Soz.): Ich halte, daß ein Druck der organisierten Arbeiter auf die unorganisierten Arbeiter durch den Arbeitsnachweis ausgedrückt wird.

Geh. Minister Neumann: Gegenüber einem Vorwurf des Herrn Geinert bemerke ich, daß im Tarifvertrag ausdrücklich völlige Arbeitsfreiheit vorgesehen ist. Es ist unrichtig, wenn der Herr Geinert sagt, die Verfügung des Ministers nach Hannover habe lediglich Bezug genommen auf die Arbeitnehmer.

Herr v. der Osten (Konf.): Wir sind mit dem Minister der Ansicht, daß der Zweck der Arbeitsnachweise sein muß, geeigneten Arbeitern eine geeignete Arbeitsmöglichkeit zu verschaffen, und daß es vor allem der Hauptzweck sein muß, den rechten Mann an die rechte Stelle zu bringen. Es liegt gerade im Interesse der Arbeiter, je von dem Zwange der sogenannten paritätischen Arbeitsnachweise zu befreien.

Herr Dr. Baumann (Natl.): Die paritätischen Arbeitsnachweise können nicht gegeben, weil die sozialdemokratischen Kapitalisten hinter ihnen stehen.

Nach kurzen Bemerkungen des Herrn Dr. Fiebig (Vorfr. Sp.) wurde die Diskussion geschlossen und der Rest der dauernden Ausgaben ohne Debatte bewilligt.

Im Extrordinarium sind 30 000 Mark zur Förderung der Fortentwicklung des Kleinerewerblichen Gewerkschaftswesens auszuweisen.

Herr Geinert (Vorfr. Sp.) bemängelte es, daß die im Etat zur Förderung des Kleinerewerblichen Gewerkschaftswesens auszuweisen 30 000 Mark dem Hauptverband der gewerblichen Gewerkschaften zugewendet werden.

Geh. Minister Schreiber: Der Hauptverband der gewerblichen Gewerkschaften fördert das Verhältnis in Kleinerewerblichen Kreisen für das Gewerkschaftswesen. Deshalb ist die finanzielle Förderung gerechtfertigt. Das Gewerkschaftswesen wird an den Handhabungsschritten in verschiedenen Jahren bewirkt; infolgedessen ist es nicht ein besonderer Gegenstand bei der Prüfung.

Herr v. der Osten (Konf.): Man muß darauf drängen, daß die Arbeiter der kleinen gewerblichen Gewerkschaften vollständig unabhängig sind. Die Revision der Regierung zu überlassen, halte ich für einen sehr verletzlichen Standpunkt. So lange ich an der Spitze des Hauptverbandes stehe, habe ich niemals verstanden, nach irgend einer Richtung hin politisch auf ihn einzuwirken. Der Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung war damit erledigt.

Es folgte die Beratung des Etats der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung.

Verkehrminister Herr v. Spitzing (Zentralkonf.) referierte über die Verhandlungen der Kommission.

Herr v. der Osten (Konf.): Der diesjährige Etat der Bergverwaltung zeigt ein fruchtbares Bild als der vorjährige. Die Ausgaben für Bergarbeiterversicherung haben um 16 Millionen zugenommen. Die günstige Konjunktur ist also nicht zuletzt auf den Arbeitern zuvorteil gekommen. Es sprechen noch keine Anzeichen dafür, daß unsere Volkswirtschaft, die nicht auf ungelagerte Exportverhältnisse, sondern auf die Annahme des Infanzionsums jurdisch aufbauen ist, zurückgeht. Wir hoffen, daß dieser günstige Etat nicht eine vorübergehende Erscheinung, sondern der Mittelweg zu einem langamen aber sicheren Aufsteigen sein wird. (Beifall.)

Herr Bruch (Ztr.): Die Bergarbeiter, die im Exporte keine Verwendung finden, sollten in Westfalen beschäftigt werden. Dem Willen der Arbeit, wodurch viele Arbeiter von der erworbenen

Arbeit verdrängt werden, sollte entgegenzuwirken werden. Wenn das Kohlenprodukt nicht wieder zulaufen kommen sollte, so würde das zu schweren Schädigungen für das ganze Industriegebiet führen. Ich bitte deshalb die Regierung, auf das Arbeiteraufhandeln des Bundesrats hinzuwirken.

Hierauf wurde die Weiterberatung auf Donnerstag 2 Uhr vertagt.

Schluß 4 Uhr.

Halle und Umgebung.

Halle a. S., 27. Februar.

Elektrifizierung von Leipzig nach Halle.

Die Vorarbeiten zur Elektrifizierung der Staatsbahnstrecke Halle-Leipzig sind in stottem Gange und die Inbetriebnahme der Strecke mit dem 1. Mai dürfte hinderliche nicht mehr im Wege stehen.

Die Bahnverwaltung hat ihre Schweißstromleitungen, die dem Verkehrsbedürfnisse in Kabel gelegt und unterirdisch verlegt; auf das freigewordene Gelände verlegt nunmehr die Holzverwaltung ihre Drähte. Die Ueberlandzentrale Kurlwitz muß ebenfalls an ihrer oberirdischen Leitung, die am Wendiger Wege die Bahnstrecke kreuzt, Veränderungen vornehmen. Masten von 20 Meter Länge gelangen an der Teerfabrik zur Errichtung, um die Stromleitung der Staatsbahn, die eine Stärke von 15 000 Volt haben wird, nicht zu stören. Auf der Strecke selbst werden zwischen Wiederritzsch und Wahren bereits die eisernen Masten errichtet, an denen die Drähte für die Stromleitung montiert werden. Wie sich das Netz später gestalten wird, ist an der Berliner Straße zu beobachten, die dicht bei Wiederritzsch neben der Magdeburger Straße einmündet. Da eine Starkstromleitung auch die Bahnstrecke zwischen Söckwitz und Wülfshausen kreuzt, werden hier nächstens ebenfalls die hohen eisernen Träger durch noch höhere ersetzt werden.

Wehrverein und Wehrkraftverein.

Wegen der noch vielfach herrschenden Unsicherheit über den Unterschied zwischen den Wehrvereinen des Wehrvereins und des Wehrkraftvereins wird uns geschrieben:

„Der Deutsche Wehrverein — Vorsitzender Generalmajor Reim — ist aus der Erkenntnis entstanden, daß vaterländisches Bewußtsein und mannhafter Geist im deutschen Volke immer mehr zu schwinden drohen, und daß wir zu Lande nicht mehr so geküßt sind, wie es unsere ungünstige Lage im Herzen Europas erfordert und unsere Volkstraft und unser Volkswohlstand es zulassen. Demgemäß erstreckt er in erster Linie eine schlaue, endlich durchgreifende Stärkung unseres Heeres und Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht. Gegenüber in Berlin am 28. Januar 1912, zählt der Wehrverein, da seine Notwendigkeit bei der gegenwärtigen Haltung der Regierung und der lauen Volkserregung nicht erkannt worden ist, jetzt schon über 300 000 Mitglieder aus allen Ecken und Werten fast in ganz Deutschland und inwieweit die neue Gesetzeslage auf sein Bestehen und den dadurch beabsichtigten Volkswohlstand mit zurückzuführen oder dem eigenen Antriebe der Regierung zuzuschreiben ist, mag hier dahingestellt sein. Hauptzweck ist, so kommt.“

Die Ortsgruppe Halle besteht seit Mai 1912, zählt jetzt fast 1450 Mitglieder und wird vom Reichsanwalt Spilling, Rathenaustr. 13, geleitet, bei dem sich auch die Geschäftsstelle befindet. Der Mindestbeitrag beträgt 1 Mark, um allen vaterländischen Gesinnten den Beitritt zu ermöglichen. Die allen Mitglieder gelieferte, reichhaltige „Wehr“ erscheint monatlich am 15.

Von Zeit zu Zeit tritt der Wehrverein durch Vorträge an die Öffentlichkeit. Den nächsten Vortrag wird Herr Oberleutnant a. D. Hübner aus Riesa, ein vorzüglicher Kenner der französischen Armee, über diese am 14. März halten. An diesem Tage wird die Ortsgruppe die 100. Wiederkehr des Aufzuges „An mein Volk“ in den Italiäner festlich begehen. Genaueres darüber wird noch bekannt gegeben.

Während sich hierdurch der Deutsche Wehrverein als der jüngere Bruder des Flottenvereins charakterisiert, wendet sich der Wehrkraftverein „Jugendwehrtum“ an die Jugend, namentlich die beabsichtigten Jahre zwischen 14 und 20. Er bezweckt, ähnlich den Befreiungen Jahrs und anderer dald nach den Befreiungsstrafen, die Hebung und Erhaltung der Wehrkraft des deutschen Volkes durch die körperliche und moralische Erziehung der heranwachsenden Jugend im vaterländischen Sinne, sowie durch Zusammenfassung der zerstreuten Jugendpflege auf nationaler Grundlage. Der heutige Stand des Wehrvereins ist wesentlich das Verdienst des Generalmajors v. d. Goltz, der in seiner trefflichen Zeitschrift „Jugendwehrtum“ die Eingeleitungen der Ortsgruppe des im Dezember 1911 gegründeten Jugendwehrtums, dessen Gesamtheit umfasst. Die Ortsgruppe Halle dieses Wehrvereins „Jugendwehrtum“ ist Mitte Februar 1912 gegründet worden, hat Major v. Pöschel-Gr. Köhlig zum Vorsitzenden und besteht aus einer Anzahl Abteilungen, von Jos. Jungmannschaften.

Infolge eines Malchinbesuches ist der größte Teil der Stadtverordneten der „Scale-Zeitung“ gestern nachmittag mit Verpöschung fertiggestellt worden. Wir bitten unsere Leser, diese Verpöschung entschuldigend zu wollen.

„Einen fröhlichen Geber hat Gott lieb!“ Mit diesem Wort bittet der Vorstand der Diakonissen-Anstalt Halle a. S. um eine freigewilligte Gabe für das ganze Provinz-Protectorat, dessen evangelische Diakonissenhaus zu Halle a. S. Reichlich seine Verdienste auf dem Gebiet der Krankenpflege. Über 300 hart ausgedehnte Diakonissen treiben in aller Teile unserer Provinz anerkanntes Segenswirken als Gemeindegliedern, Jugenderzieherinnen und Kreisdiakonissen. Die Anstalten des Diakonissenhauses sind den Bedürfnissen entsprechend groß geworden. Durch die Medizinalbehörde genehmigt, mußte man sich jedoch zu einem Um- und Erweiterungsbau des Hofeshauses entschließen. Dieser Bau erfordert eine Summe von 30 000 Mark. Mit Einschluß der auf dem Seminargrundstück laufenden Schuld beträgt die Gesamtschuld über 300 000 Mark. Als mitleidige Anstalt höhere Pflegekosten zu fordern, geht nicht an, Zufußlo, wie sie staatliche und kirchliche Rentenempfänger in hohen Summen erhalten, leben nicht zur Verfügung. So ist die Diakonissenanstalt auf Mitleidigkeit angewiesen. Sie bittet deshalb, ihre Notn nicht vergeblich anfragen zu lassen, und zu helfen, daß sie, geküßt durch die Hilfe, ihr Trost- und Segenwort fortzuführen in der Lage ist.

An der hiesigen Oberrealschule befinden sich von der Oberprima B. getrennt folgende Abiturienten des Examen: Erich Brauer, Walter Beder, Walter Breßler, Paul Gelsche I, Hans Gelsche II, Otto Hoppe, Max Krüger, Engelbert Pfeffer, Walter Menzel, Walter Meyer, Ernst Nietz, Johannes Rißler, Werner Schindler, Gustav Schumann, Kurt Siemann, Walter Glets.

Zur Feier des hundertjährigen Bestehens der Landwehr. Das Bezirkskommando Halle a. S. beabsichtigt, zur Feier des hundertjährigen Bestehens der Landwehr und zur Erinnerung an den am 17. März 1813 erlassenen Aufzug „An mein Volk“ am 7. März 1913, abends um 9 Uhr, in den „Germania-Saal“, G. Steinstr. 27/28, eine feierliche Feier zu veranstalten. Diese wird bestehen in einem Vortrage des Deutnants der Landwehr I der Eisenbahnbrigade Hoffmann über „Gründung, Bedeutung und Tätigkeit der Landwehr seit ihrem Bestehen“ mit anschließendem festschicklichen Zusammenkunft. Hierzu sind sämtliche geeigneten Interessierten und Mannschaften aus Halle a. S., auch diejenigen, welche dem Beurteilungsfache nicht mehr angehören, eingeladen.

Feierlicher Vortrag. „Gethemane“ heißt das Thema, über das Herr G. Böhm am Sonntag, den 2. März, im Gemeinschaftshaus, Margaretenstr. 5, abends 8¼ Uhr einen öffentlichen Vortrag halten wird.

Schiffahrt für billige Briefe nach den Vereinigten Staaten von Amerika (10 Pf. für je 20 Gramm): Die Postvermittlung erstreckt sich nur auf Briefe, nicht auf Postkarten, Druckbogen usw., und gilt nur für Briefe nach den Vereinigten Staaten von Amerika, nicht auch nach anderen Gebieten Amerikas, z. B. Kanada, „President Lincoln“ als Hamburg 27. Februar, Kaiser Wilhelm II. als Bremen 4. März, Kaiserin Augusta Viktoria als Hamburg 6. März, „George Washington“ als Bremen 8. März, „Kronprinzessin Cecilie“ als Bremen 18. März, Prinz Friedrich Wilhelm als Bremen 22. März, „America“ als Hamburg 23. März, „George Washington“ als Bremen 5. April. Volkshaus nach Ankunft der Frühzüge. Alle diese Schiffe, außer „President Lincoln“, sind Schnellposten oder solche, die für eine bestimmte Zeit nach dem Abgange die schnellste Beförderungsmöglichkeit bieten. Es empfiehlt sich, die Briefe mit einem Leitwort wie „direkter Weg“ oder „über Bremen oder Hamburg“ zu versehen.

Provinzial-Nachrichten.

Wollwitz, 25. Febr. (Ueberführung.) Nachdem die Leiche des früheren Gutsbesizers August Knoke, der Gründer des hiesigen 2100 Morgen großen Guttes, am 20. März auf unserm Friedhofe gerast hat, ist sie nach Halle überführt und dort beigesetzt worden. Der eichene Sarg war trotz der langen Zeit noch sehr gut erhalten.

Wollwitz, 26. Febr. (Gedächtnisfeier.) Gestern Sonntag feierte der hiesige Gedenkbund sein Winterprogramm, bestehend in Konzert und Ball. Die von der Größigen Musikkapelle vertragenen Musikstücke ernteten großen Beifall. In würdiger Weise gedachte auch der 2. Vorsitzende Herr Korrespondent Meyer in seiner Ansprache der Helden und Heldinnen der 100 Jahre.

Wollwitz, 4. Febr. (Unfall.) Unlängst verunglückte sich die kleine Kinder an der Dorfstraße mit Ständen. Dabei rutschte der 2 Jahre alte Sohn des Schneiders Taube so unglücklich aus, daß er das Bein brach. Notgedrungen mußte die Eltern ihn in die Klinik nach Halle bringen.

D. Schrey, 25. Febr. (Fahrdienst.) In der Nacht vom Sonntag zum Montag wurde in dem Schmiedischen Hofe in Petersdorf dem Diensthilf Albert Giesler das Fahrrad gestohlen, das im Hofe in der Durchfahrt untergestellt war.

Wollwitz, 26. Febr. (Auszeichnung.) — Verleihung. Herr Louis Wört, Zimmerpolier beim Kaufmannsmeister Paul Ende, ist durch Bürgermeister Weps in Gegenwart eines Richters und einiger Baukollegen das ihm vom König verliehene Allgemeine Ehrenzeichen in Silber überreicht worden. — Am Sonntag, den 26. Februar, fand im Saale des Schützenhauses eine feierliche Versammlung des Evangel. Bundes, Zweigverein Wollwitz, statt. Den Hauptvortrag hielt Herr Pastor Ermisch aus Niemberg. Im Anschluß an den Vortrag wurde eine Resolution einstimmig angenommen, dahinschauend, den Herrn Reichstagsrat bey. den Bundesrat zu ersuchen, im Interesse des konfessionellen Friedens und der nationalen Einheit entgegengesetzten Verwahrung gegen die Aufhebung des Scheitungsrechts einzulegen.

Wollwitz, 26. Febr. (Betriebsaufnahme der Leimfabrik.) Das größte industrielle Unternehmen hier am Platze, die Leimfabrik von C. M. Nachtigall, nahm bereits am 15. d. M. ihren Betrieb voll wieder auf. Seit dem großen Brande am 4. August v. J. hat der Betrieb still gestanden. Sämtliche Angestellte und Arbeiter sind während der ganzen Bauperiode, die über 6 Monate in Anspruch nahm, in Arbeit geblieben.

Emersleben, 26. Febr. (Ein Jurioer Schützenball.) Ein Wintervergnügen hielt der hiesige Schützenverein ab. Der Bürgerschule Saal war überfüllt mit Menschen im Ballsaal; alles in bester Stimmung. Da plötzlich fällt, wie ein Blitz aus heiterem Himmel, die Verhaftung in den Saal: die Musik kommt nicht. Verärgerung anfangs; doch die mackeren Emersleber kennen kein Veragen. Man muß sich zu helfen wissen. Schnell ist eine Ziehharmonika zur Stelle, die in der Hand eines logisch zum Dirigenten erlernten Musikbegleiters ihre Schuldigkeit nach Möglichkeit tut. Auch einer Triangel und einer Pauke werden „künstlerische“ Töne entlockt. Es war ein lächelndes Bild nach allem Still. Die schauerlich-schönen Klänge blieben die Schützenbrüder in bester Stimmung noch bis zum frühen Morgen zuhause.

Stolberg i. H., 26. Febr. (Richtliches.) Neben den ordnungsmäßigen geschlossenen Sitzungen der Gemeindefürsorge- und Gemeindevorstellungen sollen regelmäßige öffentliche Versammlungen der Körperschaften zur freien Vorehrung kirchlicher und religiös-sittlicher Fragen angelegt werden. — Das diesjährige Mittags-Mulchungs-geschäft findet am Sonnabend, den 8. März, im Rathaus für die Mannschaften aus Stolberg, Breitenbach, Hermannsdorf, Rohlsbach, Stabberg und Iffringen früh 9½ Uhr, und Dienstag, den 11. März, hier im Rathaus für die Mannschaften aus Breitenbach, Dietersdorf, Sann, Rottendorf, Schwenda, Stempeda und Wollwitz statt.

Stendin, 26. Febr. (Zuer.) Rautes Heulen der Stenre der Zement- und Kalkwerke Stendin veränderte Sonntag früh gegen 6 Uhr Feuer im Orte. Es brannte ein auf dem Grundstück „Unter-mühle“, das den Werken gehört, stehender Schuppen nieder, der einen Vorrat an Heu enthielt, welcher mit verbrannte. Ein Schichten sowie ein Motor, die ferner in dem Schuppen untergebracht waren, konnten rechtzeitig in Sicherheit gebracht werden. Ueber die Entstehungsurache des Brandes verlautet nichts Bestimmtes.

Wellingun, 25. Febr. (Zellauktion.) Hier fand im Wenzelischen Lokale die alljährlich in der Heide abgehaltene Versteigerung von Raubzugesellen statt, zu der sich zahlreiche Käufer und Verkäufer eingefunden hatten. Insgesamt wurden fast 3000 Mark veräußert, nämlich für ca. 150 Fische, mehrere Marber, Zittler usw. Es sollten die Fische pro Stück 13—14 Mark, Edelmarber 36—41 Mark, einer sogar 88 Mk., Zittler 4—6 Mark.

Geiswilsdorf, 26. Febr. (Gutsausstattung.) Das von Herrn Seifert bewirtschaftete Bauerngut kaufte Herr Runge aus Reumberg, und zwar wird es anteilhaft werden. Der größte Teil

der Gelder und auch die Wirtschaftsgebäude lassen dem Vernehmen nach schon in andere Hände übergegangen sein. Auch auf andere hiesige Wirtschaften sind trotz der ungünstigen Lage unseres Ortes ganz erhebliche Verleihen getrieben worden.

München, 25. Febr. (Zwei Mädchen verschwunden.) Seit einigen Tagen sind zwei hiesige 15jährige Mädchen verschwunden. Beide hatten am 16. d. M. in Bernburg an einem Bergwägen teilgenommen; sie sind noch am Sonntag in Demarsleben gesehen worden. Seit dieser Zeit fehlt jede Spur von ihnen.

München, 25. Febr. (Ein schweres Wagenunglück) ereignete sich in der Nähe von Thüria. Als sich der Bädermeister Köppler aus Steinbach und mit ihm der Gattinrt Michal aus dem gleichen Orte mit Gehehr auf dem Wege nach Altenburg befielen, ließ das Pferd auf abfalliger Straße plötzlich die hohe Straßenbahnung hinunter und zog den Wagen hinter sich her. Die beiden Insassen stürzten infolgedessen heraus und kamen unter das Fahrzeug zu liegen. Michal erlitt mehrere Rippenbrüche sowie einen Armbruch, während Köppler erhebliche Verletzungen am Kopfe davontrug.

Schwaga, 26. Febr. (Selbstmordversuch eines Oberprimars.) Ein Schülererkrankung am Kopfe brachte ihn gestern vormittag in ein 15jähriger Oberprimar des hiesigen hiesigen Gymnasiums in selbstmörderischer Absicht bei. Was den wichtigsten Schüler, der kurz vor der Abgangsprüfung stand, zu der lebenswichtigen Tat veranlaßt hat, ist unbekannt; mit der Schule steht sie in keinem Zusammenhang. Glücklicherweise sind die Verletzungen nicht lebensgefährlich.

Eisenach, 26. Februar. (Selbstmord einer Neunjährigen.) Aus unbekannter Ursache hat sich die neunjährige Schülerin Schumann, deren Vater eine Gefängnisstraße vertritt, in der Nähe von Eisenach in das Wasser gestürzt. Vorher konnte sie ihrer Schwester ein Handband mit dem Bemerkten, dieses als Andenken zu behalten.

Leipzig, 26. Febr. (Kampf den Würstchen!) Ein sozialdemokratischer Vorkampfbannerführer Würstchen einer bestimmten Partei wird gegenwärtig in Leipzig durchgeführt. Ein Vorkampfbannerführer ist schon oft dagewesen, aber ein Würstchenbannführer dürfte bisher unüblich sein. In der sozialdemokratischen „Leipziger Volkszeitung“ teilt die Vorkampfbannerkommission mit, in welchen Betrieben die Vorkampfbannerführer der Firma . . . die ihren Arbeiten das Rechtswort vorzubehalten, geführt werden. Die Arbeiterkraft soll sich in allen Fällen, wo ihre Würstchen angeboten werden, vorher überzeugen, was für Produkte ihr angeboten werden.

Kunst und Wissenschaft.

Gründung eines Künstlerverbandes deutscher Künstler. Die Münchener Künstlergesellschaft hat in einer konstituierenden Versammlung einen wissenschaftlichen Verband für die gesamte Interessensvertretung der hiesigen Künstler Deutschlands ins Leben gerufen. Zur Sicherung der Autonomie sollte nach dem Willen des französischen Sanitäts vorgegangen werden. Als eine der wichtigsten Aufgaben wird die Unterhaltung in Alters-, Krankheits- und Invaliditätsfällen betrachtet. Eine neue Hoch-Kunst- und Berufsvereinsgesetzgebung, die die Gründungsarbeiten einem provisorischen Komitee überträgt, wurde einstimmig angenommen und diese Kommission darf als die erste impanante Willensäußerung der hiesigen Künstler Deutschlands angesehen werden.

Ein neues Werk Ludwig Mengers. Prof. Ludwig Menger, der Berliner Meister, hat jetzt für Stettin eine interessante Arbeit geschaffen: eine Skizze des Stadtrats Dr. phil. Heinrich Dohrn, des bekannten früheren Mitgliedes des Abgeordnetenhauses und des Reichstages. Das Werk soll im Museum der Stadt Stettin aufgestellt werden.

Ein babylonisch-assyrisches Wörterbuch. Die Heidelberger Akademie der Wissenschaften hat jährlich 3000 Mark zur Zuzugnahme eines großen babylonisch-assyrischen Wörterbuchs unter Leitung von Prof. Dr. G. B. B. bewilligt. Der Plan für das Werk, das durch internationale Arbeit geschaffen wird, soll zunächst im Orientalischen Seminar der Heidelberger Akademie aufgestellt werden.

August Winte, der Leiter des Schloßhofsorchesters in Hannover, ist zum gl. preußischen Professor ernannt worden. Prof. Winte ist 76 Jahre alt.

Tragisches Tod eines Dresdener Bildhauers. In der letzten Nacht starb der gefährtete Dresdener Bildhauer und langjährige Vorsitzende der Kunstgenossenschaft, Friedrich Diermann, in seiner Villa in Vogelsdorf. Gleichseitig mit ihm starb seine hochbetagte Mutter; die beiden waren von einer heftigen Lungenentzündung befallen, zu der sich bei dem Künstler noch Gehirnentzündung gesellte. Die vier Kinder Diermanns lagen an schwerer Influenza darnieder. Der Enkelsohn, ein geborener Bombardier, genoss als Schüler Diermanns seine Ausbildung an der Dresdener Akademie. Von seinen Werken hat der „Marathonkämpfer“ seinen Namen berühmt gemacht. Dresden besitzt von ihm belebte großwirkende Bildengruppen.

Theater und Musik.

Prof. Dr. Felix Draeseke 7. Draeseke, der ein Alter von 77 Jahren erreicht hat, ist, wie aus Dresden gemeldet wird, am Mittwoch gestorben. Der Künstler, der aus Koburg stammt, verband dem Leipziger Konservatorium seine Ausbildung. Er lebte abwechselnd in Weimar, Dresden, Langensalza, München, Genf. Dann zog er sich endgültig nach Dresden zurück. Draeseke, ursprünglich ein „Neudeutscher“ aus dem Kreise am Wagner und Liszt, hat sich später auf die französischen Formen besonnen. Zu den prominenten Werken des fruchtbarsten Komponisten, dem die Anerkennung weiterer Kreise zum je zuteil wurde, zählen drei Sinfonien, drei Streichquartette, die Kantaten „Kolombus“, „Gubrun“, „Herat“ und sein groß angelegtes, vier Abende umfassendes „Christus“ und sein bekanntestes Werk „Die Weltreise“, das der Dresdener dem opernwilligen Einwirken des hiesigen Chors zu danken hat. Mit Draeseke, der zu den letzten Erscheinungen des neueren deutschen Musiklebens zählte, ist ein darwinsches vererbungsstündiger Mensch und Künstler dahingegangen.

Bühnenchronik.

Wilhelm von Scholz, der Autor der Werke „Der Jude von Koniau“ und „Verkaufte Seelen“ hat ein neues Bühnenwerk vollendet, das den Titel „Gefährliche Liebe“ führt. Das Stück hat in Stuttgart das hiesige neue Stück zur Aufführung erworben und wird es noch in dieser Spielzeit herausbringen. Die Generalintendant, hat den Dichter eingeladen, sein Werk selbst zu inszenieren. Wilhelm von Scholz, dessen Bühnenwerke im Drei Masken-Theater München erschienen, wird dieser Aufforderung Folge leisten.

„Kückabe“, ein freiständiger Schwant aus der Berliner Verberberkomik von Robert Dierweg, der an der Wiener Residenzbühne seine erste Aufführung erlebte, fand dank seiner jamaican Darstellung eine sehr warme Aufnahme.

Richard Strauß Ehren doktor von Oxford. Die Universität Oxford beauftragt, Richard Strauß zum Ehren doktor zu ernennen. Die Auszeichnung soll Strauß gelegentlich seines nächsten Aufenthaltes in England zuteil werden.

Vermilchtes.

Der sündhafte Schiebetanz.

Am Dienstag fand in dem jeden Besucher des hiesigen hochlandes wohlbelannten Marktplatzes Bad 113 vor dem Schöffengericht die Verhandlung gegen den Kaufmann Emil Geisler und die Gesellschaftin Martha Brothmann, beide aus Berlin, statt, die im Juli vorigen Jahres in Tölg bei einem Gartenfest Schiebetanz getanzt hatten. Sie wurden damals von dem Kapellmeister aus dem Saale mit Gewalt entfernt und außerdem von den dortigen Bauernburischen tüchtig verprügelt worden. Gegen das sündige Paar wurde von der Gerbamerie die Anzeige erstattet.

Die Anklage lautet: „Das Verlassen von Begehens wider die Sittlichkeit nach § 183 wird eröffnet, weil die Angeklagten durch eine unzünftige Handlung öffentlichen Kergerniss erregten, indem sie trotz Abmahnung des anwesenden Publikums den sogenannten „Schiebetanz“ in einer die gesellschaftlichen Beziehungen daruierenden, das Schand- und Sittlichkeitsgefühl gödlich verletzenden Weise tanzten.“ — Von den vernommenen Zeugen erklärten mehrere, sie hätten an dem Tange nichts anstößiges gefunden, während wieder andere Zeugen bezeugten, sie hätten den Tanz anstößig gefunden. Zwei weitere Zeugen aus Tölg sagten aus, daß ihnen der Tanz noch anstößig erschienen sei, aber erst, nachdem sie darauf aufmerksam gemacht worden waren. Der Staatsanwalt beantragte je 50 Mark Geldstrafe, während der Verteidiger erklärte, daß den Angeklagten das Bewußtsein geblieben habe, daß sie eine unzüchtige Handlung begangen sei. Sie hätten eben getanzt, wie es in Berlin allgemein üblich sei. Das Gericht ließ sich diesen Ausführungen an und sprach die Angeklagten frei.

Schiff in Brand.

Leipzig, 26. Febr. (Privatelegramm.) Im Laderaum des Dampfers „Georg“ der Ostsee-Amerikaner-Linie brand gebrannt ein Brand aus, der 450 Ballen Baumwolle zerstörte und auch sonst noch erheblichen Schaden anrichtete.

Ihnen auf dem Film. Das Kino verlohnt niemanden. Nach Schmeißer Hauptmann; nach Hauptmann Ihnen. Wie wir hören, hat die Nordische Filmkompanie mit Dr. Sigurd Ihnen, dem Sohn und Erben Herrsch Ihnen, einen Vertrag gemacht, der ihr gegen eine jährliche Abgabe die Bearbeitung der Ihnen'schen Dramen für den Film erlaubt.

Überbürgermeister Dr. Winterer in Freiburg i. B., der seit 25 Jahren an der Spitze des dortigen Gemeindefwesens stand, hat aus Gesundheitsrücksichten sein Amt zurückgetreten eingereicht. Als Nachfolger wird Reichstagsabgeordneter Fehrenbach (Str.) genannt.

Woll sie nicht Komme werden konnte. In Wien im dritten Bezirk hat das 15jährige Mädchen Wollfene Nibel Selbstmord zu verüben gesucht, indem es eine Kugel von Napol traf. Der Beweggrund, warum das junge Mädchen Lebensmüde wurde, ist, daß es schlichlich wünschte, in ein Kloster einzutreten und Komme zu werden. Die Aufnahme in ein Kloster ist aber in Oesterreich durch die Erreichung des 18. Lebensjahres begrenzt. Deshalb mußte dem Mädchen der Eintritt ins Kloster verweigert werden, worauf es Selbstmordversuch beging.

Ein niederösterreichischer Bubenstreich wurde auf der Bahnstrecke Rügen-Dornum-Warten verübt. Unbekannte Verbrecher legten in der Nähe der Zeche „Germania“ eine zwölf Meter lange Schiene auf die Gleise. Durch Zufall wurde sie dort von einem Streckenwärter entdeckt, und zwar 10 Minuten vor Anfuhr des Personenzuges 740 Uhr nach Warten. Durch den Fund des Eisenstückes konnte ein namenloses Unglück verhindert werden.

Eine schwere Explosion, bei der ein Menschenleben vernichtet wurde, erfolgte in dem Hgl. Versuchslaboratorium an der Oberhavel zu Spandau. Der 24jährige Arbeiter Danemann aus Steatzen war dort mit der Herstellung von Zündbüchsen beschäftigt, gegenüber am Tisch, durch eine Glaswand von ihm getrennt, lag eine Arbeiterin. Plötzlich explodierte aus noch nicht geklärt Ursache die sehr empfindliche Masse, die zum Schließen der Zündbüchsen dient. Danemann wurde durchschießend fast in Stücke gerissen und war auf der Stelle tot. Die Arbeiterin kam mit einigen Verletzungen, die aber nicht gefährlicher Natur sind, davon.

Wetter-Aussichten.

Oeffentlicher Wetterdienst.

Die nächsten 11 Tage, am Mittwoch, 26. Febr., 8 Uhr morg.

Witterungsaussicht für den 27. Februar:

Das Hoch verliert langsam an Ausdehnung, doch wird es morgen die Witterung noch vorwiegend beherrschen. Die Tieflandgebiete im Westen und Norden werden allmählich einigen Einfluß gewinnen.

Rufsternverteilung und Wetterlage in Europa.

Wenig bewölkt, noch trocken, Nachtfrost, am Tage milt, schwache Luftbewegung.

Wetterwarte zu Hamburg.

Auf Grund der Depeschen des Reichs-Wetter-Dienstes. (Nachdruck verboten.)

- 1. Febr.: Wolkig mit Sonnenschein, Nachtfrost, tags milde.
- 2. Febr.: Wolkig, teils mit Nebel, teils bewölkt, tags milde.
- 3. Febr.: Bewölkt, kalter Wind, leicht frostig.
- 4. Febr.: Wenig wolkig, veränderlich, windig.
- 5. Febr.: Heißlich milde, lebhaft Wind, abwechselnd.
- 6. Febr.: Kalt, bewölkt, teils frostig, windig.

Rebellen-Legung: Wilhelm Georg.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Programm-Ansicht, Bericht, Handel: Eugen Brinmann; für die Redaktion, Vermittlung um: Martin Neudtzwanger; für Ausland und letzte Nachrichten: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: Albert Barth; Druck und Verlag von Otto Henschel. Samlich in Halle a. S.

— Diese Nummer umfaßt 8 Seiten — einschließlich Unterhaltungsblatt.

Letzte Depeschen.

Die Hochzeit im Kaiserhaus.

Berlin, 26. Febr. Die Vermählung des Prinzen Ernst August, Herzog zu Braunschweig-Lüneburg, mit der Prinzessin Viktoria Luise ist für den 24. Mai in Aussicht genommen. An diesem Tage wird zugleich die Silberne Hochzeit des Prinzen Heinrich und seiner Gemahlin am Berliner Hofe gefeiert werden.

Genueve, 26. Febr. Die Deutsche Kaiserin tritt am Sonnabend 3.30 Uhr nachmittags hier ein und wird voraussichtlich zwei bis drei Tage bleiben. Donnerstag trifft der Großherzog und die Großherzogin von Mecklenburg und Prinz Max von Baden ein. Prinz Ernst August ist heute nach Berlin abgereist.

Die offiziellen Besuche des bayrischen Prinzregenten.

W. München, 26. Febr. Prinzregent Ludwig mit Gemahlin treten am Donnerstag, den 6. März, 6.10 Uhr früh die Reise zu den offiziellen Besuchen am feierlichen und an der schifflichen Hofe mit Sonderzug. In Halle findet der erste offizielle Empfang durch den preussischen Ehrenpräsidenten statt. Die Ankunft am Anhalter Bahnhof erfolgt nachmittags 3 Uhr, woselbst großer Empfang stattfindet. Im Gefolge des Regentenpaares befinden sich Staatsminister Dr. Freiherr v. Hertling, Oberhofmeister Graf v. Sinsheim, Hofmarschall Freiherr von Lohberg, Kabinettschef Staatsrat von Dandl, Generaladjutant Walter von Waldersleben, die Flügeladjutanten Freiherr von Leonrod und Graf Castell, Oberhofmeisterin Gräfin v. Gebrunn von Querheim-Montmarin, die Hofdame Baronin Kelling und der Leibarzt Obermedizinrat Dr. von Hoesch. Zum Ehrenbesuch beim Regenten sind kommandiert Generaloberst von Kessel, Oberst von Kromhelm, der Kommandeur des 7. Reg. Infanterie-Regiments Major von Lettow-Vorbeck, der Kommandeur des 2. Seebataillons. Der Kaiser und die Kaiserin geben zu Ehren der Gäste eine Gala- und eine Hofstafel. Die Abreise von Berlin erfolgt Sonnabend, den 8. März, um 12.00 Uhr mittags, die Ankunft an der schifflichen Landesgrenze in Esterwerda um 3.05 Uhr, woselbst der hiesige Ehrenpräsident das Regentenpaar begrüßt. Die Ankunft in Dresden erfolgt am 4.05 Uhr nachmittags; es findet gleichfalls großer Empfang statt. Während des Dresdener Aufenthaltes findet eine Galafeier, eine Familienfeier, ein großes Hofkonzert und ein Ausflug nach der Moritzburg statt. Die Abreise erfolgt Montag, den 10. März, um 10.05 Uhr abends nach München.

Schiff in Brand. Im Laderaum des Dampfers „Georg“ der Ostsee-Amerikaner-Linie brand gebrannt ein Brand aus, der 450 Ballen Baumwolle zerstörte und auch sonst noch erheblichen Schaden anrichtete.

Ihnen auf dem Film. Das Kino verlohnt niemanden. Nach Schmeißer Hauptmann; nach Hauptmann Ihnen. Wie wir hören, hat die Nordische Filmkompanie mit Dr. Sigurd Ihnen, dem Sohn und Erben Herrsch Ihnen, einen Vertrag gemacht, der ihr gegen eine jährliche Abgabe die Bearbeitung der Ihnen'schen Dramen für den Film erlaubt.

Überbürgermeister Dr. Winterer in Freiburg i. B., der seit 25 Jahren an der Spitze des dortigen Gemeindefwesens stand, hat aus Gesundheitsrücksichten sein Amt zurückgetreten eingereicht. Als Nachfolger wird Reichstagsabgeordneter Fehrenbach (Str.) genannt.

Woll sie nicht Komme werden konnte. In Wien im dritten Bezirk hat das 15jährige Mädchen Wollfene Nibel Selbstmord zu verüben gesucht, indem es eine Kugel von Napol traf. Der Beweggrund, warum das junge Mädchen Lebensmüde wurde, ist, daß es schlichlich wünschte, in ein Kloster einzutreten und Komme zu werden. Die Aufnahme in ein Kloster ist aber in Oesterreich durch die Erreichung des 18. Lebensjahres begrenzt. Deshalb mußte dem Mädchen der Eintritt ins Kloster verweigert werden, worauf es Selbstmordversuch beging.

Ein niederösterreichischer Bubenstreich wurde auf der Bahnstrecke Rügen-Dornum-Warten verübt. Unbekannte Verbrecher legten in der Nähe der Zeche „Germania“ eine zwölf Meter lange Schiene auf die Gleise. Durch Zufall wurde sie dort von einem Streckenwärter entdeckt, und zwar 10 Minuten vor Anfuhr des Personenzuges 740 Uhr nach Warten. Durch den Fund des Eisenstückes konnte ein namenloses Unglück verhindert werden.

Eine schwere Explosion, bei der ein Menschenleben vernichtet wurde, erfolgte in dem Hgl. Versuchslaboratorium an der Oberhavel zu Spandau. Der 24jährige Arbeiter Danemann aus Steatzen war dort mit der Herstellung von Zündbüchsen beschäftigt, gegenüber am Tisch, durch eine Glaswand von ihm getrennt, lag eine Arbeiterin. Plötzlich explodierte aus noch nicht geklärt Ursache die sehr empfindliche Masse, die zum Schließen der Zündbüchsen dient. Danemann wurde durchschießend fast in Stücke gerissen und war auf der Stelle tot. Die Arbeiterin kam mit einigen Verletzungen, die aber nicht gefährlicher Natur sind, davon.

Wetter-Aussichten.

Oeffentlicher Wetterdienst.

Die nächsten 11 Tage, am Mittwoch, 26. Febr., 8 Uhr morg.

Witterungsaussicht für den 27. Februar:

Das Hoch verliert langsam an Ausdehnung, doch wird es morgen die Witterung noch vorwiegend beherrschen. Die Tieflandgebiete im Westen und Norden werden allmählich einigen Einfluß gewinnen.

Rufsternverteilung und Wetterlage in Europa.

Wenig bewölkt, noch trocken, Nachtfrost, am Tage milt, schwache Luftbewegung.

Wetterwarte zu Hamburg.

Auf Grund der Depeschen des Reichs-Wetter-Dienstes. (Nachdruck verboten.)

- 1. Febr.: Wolkig mit Sonnenschein, Nachtfrost, tags milde.
- 2. Febr.: Wolkig, teils mit Nebel, teils bewölkt, tags milde.
- 3. Febr.: Bewölkt, kalter Wind, leicht frostig.
- 4. Febr.: Wenig wolkig, veränderlich, windig.
- 5. Febr.: Heißlich milde, lebhaft Wind, abwechselnd.
- 6. Febr.: Kalt, bewölkt, teils frostig, windig.

Rebellen-Legung: Wilhelm Georg.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Programm-Ansicht, Bericht, Handel: Eugen Brinmann; für die Redaktion, Vermittlung um: Martin Neudtzwanger; für Ausland und letzte Nachrichten: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: Albert Barth; Druck und Verlag von Otto Henschel. Samlich in Halle a. S.

— Diese Nummer umfaßt 8 Seiten — einschließlich Unterhaltungsblatt.

der Gelder und auch die Wirtschaftsgebäude lassen dem Vernehmen nach schon in andere Hände übergegangen sein. Auch auf andere hiesige Wirtschaften sind trotz der ungünstigen Lage unseres Ortes ganz erhebliche Verleihen getrieben worden.

Berliner Borse, 26. Febr. 1913

Woch. Febr. 1. 1913... 1.1.13... 1.1.13... 1.1.13...

Woch. Febr. 1. 1913... 1.1.13... 1.1.13... 1.1.13...

Main table of stock prices and market data, organized into columns for various sectors and companies.

